

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. — Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstraße 4. • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden  
••••• Als dienendes Glied schlies an ein Ganzes Dich an •••••

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Petitzeile für Geschäftsleute 2000 Mark, im Arbeitsmarkt 1200 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Poltschekkonto: 9308 Berlin, W. Serden, Charlottenburg 1.

## Neugestaltung des Steuerrechts.

Die vier Spitzenverbände der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände haben eine Kommission eingesetzt, die die Frage der Neugestaltung der deutschen Steuerleggebung zu prüfen soll. Zu untersuchen war die Möglichkeit der Anpassung der Steuern an den sich vermindernenden Geldwert; Kritik der bisherigen Versuche dazu.

Den ersten Teil der bisherigen Arbeiten geben wir im nachstehenden hiermit bekannt:

### Gründe für die Untersuchung.

Die Untersuchung einer wirklichen Anpassung der Steuern an den sich verändernden Geldwert ist dringend notwendig, weil

a) voraussichtlich der Wert der deutschen Mark noch für absehbare Zeit starken Schwankungen unterworfen bleiben wird, zumal das Abbremsen der Markschwankungen durch eine dauernde Stabilisierung der Mark oder die Schaffung einer allgemeinen goldwertigen Währung, die sich im Steueretat auswirkt, vorläufig nicht wahrscheinlich ist,

b) heute für viele steuerliche Abgaben die Leistungspflicht in festen Markbeträgen und für nahezu sämtliche Steuern die nachträgliche Abgeltung gesetzlich vorgeschrieben oder doch zulässig ist und damit durch das ständige Fallen der Mark für das Budget des Reiches katastrophale Auswirkungen entstehen,

c) bei einer einmal möglich werdenden Aufwärtsbewegung der Mark viele Abgaben und die nachträglich zu leistenden Steuern in aufgewertetem Geld zu zahlen sein würden, und das Unvermögen dazu die bei steigender Mark ohnedies entstehenden wirtschaftlichen und innerpolitischen Schwierigkeiten noch um finanzielle Verwirrungen im Reichsetat vermehren müßte,

d) völlig unerträglich ist, daß nur die Lohn- und Gehaltsempfänger eine Steuer leisten, die sich dem veränderlichen Geldwert fortlaufend automatisch anpaßt.

### Grundsätzliches zur Anpassung der Steuern an die Geldbewertung.

Die bisherigen Versuche einer Anpassung der Abgaben, Steuern usw. an die Geldbewertung leiden sämtlich an einem inneren Widerspruch, der aus der von früher übernommenen technischen Konstruktion der Steuererhebung entsteht. Die Steuererhebung ist auch heute noch in ihrem Wesen Vorschriften, die nur für Zeiten stabiler Währung passen. Sie haben sich gegenüber der Vorkriegszeit im Grunde genommen nur in der Höhe der Steuersätze, in der Paragraphenmasse, der Häufigkeit der Novellen und in der Fülle der rasch wechselnden Ausführungsvorschriften gewandelt.

Die Mehrzahl der Steuererhebung paßt deswegen nicht in die gegenwärtige Zeit der schwankenden Geldwerte, weil sie ein starres System darstellen. Diesen Widerspruch zur Wirklichkeit versucht man immer wieder und trotz aller Fehlschläge dadurch zu beheben, daß die bestehenden Steuererhebung korrigiert und neue geschaffen werden, in denen einzelne Teile beweglich sind. Dennoch schaut man davor zurück, das Prinzip rasch austauschbarer Einzelparagraphen systematisch durchzubilden. So haben die Bemühungen um Anpassung an die Geldbewertung bisher nur zu einer Reihe der verschiedensten Experimente geführt, die aus den unterschiedlichsten Motiven erwachsen sind; es werden in die Steuererhebung in stets rascherem Tempo Novellen und Ergänzungsvorschriften hineingebaut oder es wird versucht, durch besondere Gesetze, die ganze Gebiete der Steuererhebung horizontal durchzuschneiden (Geldbewertungsgesetz), Anpassung an die Geldbewertung zu erreichen.

### Kritik der bisherigen Anpassungspraxis.

Die vollkommenste Angleichung der Steuern an den veränderlichen Geldwert wird scheinbar durch möglichst häufig wiederholte Regulierung der Steuererhebung an Hard irgendwelcher Indizes, des Goldwertes oder ähnlicher Maßstäbe erreicht. Bei näherer Betrachtung erweist sich das als ein Irrtum.

Die Schwankungen des Geldwertes ergeben bei graphischer Darstellung eine mehr oder weniger zackige Linie. Das Nachrücken der Steuererhebung, ob nun durch Novellen, Verordnungen, bevollmächtigte Ausschüsse, Angleichung an Indizes oder den Goldwert, wird im allgemeinen nur das Bild einer Stufenreihe ergeben. Diese gestufte Linie der Anpassung der Steuererhebung an den Geldwert muß sich entweder unterhalb der Geldkurve bewegen, dann ist die Geldbewertung nicht voll ausgeglichen, oder die Stufenlinie überschneidet die Geldkurve, dann bedeutet das das Einspruchsrecht der Besteueren. Der Versuch einer Ausbalanzierung jener beiden Möglichkeiten wirkt als Einschaltung des spekulativen Momentes durch den Gesetzgeber in die Steuererhebung. Sicher ein nicht gewünschter Erfolg.

Aber wenn auch eine Anpassung an die laufende Geldbewertung technisch und praktisch möglich wäre, ihre Uebertragung auf die Gesetzgebung und die Veranlagung vorzusehen, würde daran scheitern, daß der Umfang der Steuerpflicht erst nachträglich fest-

gestellt und die Zahlung der Steuern zeitlich noch weiter vom Verdienstag entfernt erfolgt.

Bei der Reichseinkommensteuer erscheint eine einigermaßen erträglich: Anpassung nur möglich, wenn der Steuerbetrag, der erst ein Jahr nach dem Aufkommen veranlagt wird, vom Tage des Aufkommens bis zum Tage der vorläufigen Zahlung und dann weiter bis zur endgültigen Abgeltung als wertbeständige Schuld betrachtet würde.

Die zu leistende, aber nicht vor der abschließenden Veranlagung endgültig abgeltende Steuer wird vom Steuerpflichtigen ja nicht wertbeständig angelegt, sondern in Markt zurückgelegt oder mit verbraucht. Die tatsächliche Steuerleistung des vergangenen Jahres erfolgt aus einem späteren Einkommen, das in der Zwischenzeit nicht bei allen Schichten der Bevölkerung der Entwertung gleichmäßig erfolgt sein wird. Will die Steuererhebung diese Schwierigkeiten dennoch überbrücken, dann kommt sie bei Anwendung ihrer bisherigen Methoden wieder zu Schätzungen. Diese müssen bei dem Zensiten Spekulationsförderern wirken.

### Tatbestände des Geldbewertungsgesetzes.

Das Geldbewertungsgesetz sollte die immer schneller fortschreitende Geldbewertung auf dem Gebiete der Besitz- und Verkehrssteuern, soweit sie nicht an der Quelle, sondern auf dem Wege der Veranlagung, durch Erklärung der Steuerpflichtigen fällig werden, verhindern. Man hat damit die Anpassung der Hinterziehungs- und Ergänzungsstrafen an die Geldbewertung und verschieben andere verknüpft.

Eine Untersuchung des Geldbewertungsgesetzes vom 20. März 1923 hat das System der Anpassung von dem Inhalt auseinanderzuhalten, den das Gesetz unter politischen und sonstigen Einflüssen bekommen hat.

Die Anpassungsversuche an die Geldbewertung zerfallen bei dem Gesetz in die folgenden Gruppen:

### A. Änderung der Tarife und Befreiungsvorschriften.

Bei der Umrechnung der Körperschaftsteuer unterliegenden Gewinne auf die Einkommensteuer soll die Berücksichtigung der Geldbewertung jeweils durch besonderes Gesetz erfolgen.

Bei den Erwerbsteuern ist der Steuerfuß erhöht worden.

Bei der Vermögenssteuer soll die Berücksichtigung der Geldbewertung bei den Tarifvorschriften jeweils im letzten Vierteljahr vor dem Veranlagungstermin durch besonderes Gesetz erfolgen. Für die erste Veranlagung ist der Tarif geändert.

Bei der Zwangsanleihe ist der Zeichnungspreis geändert, ebenso der Tarif.

Bei der Erbschaftsteuer sind die Steuerfüße geändert.

Die Kapitalertragsteuer ist gestrichen; Reichsrat und Ausschub des Reichstages können den Finanzminister zur Wiedererhebung ermächtigen.

Beim Wechselstempel ist der Satz erhöht worden.

Bei der Kapitalverkehrssteuer sind die Sätze geändert worden.

Bei der Versicherungssteuer ist der Finanzminister ermächtigt worden, gewisse Befreiungsgrenzen der Geldbewertung anzupassen.

Bei der Personen- und Güterverkehrssteuer ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, Veränderungen des Geldwertes auszugleichen.

Bei der Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit eines Unternehmens ist der Zinssatz, bis zu dem bisher die Gemeinnützigkeit anerkannt wurde, erhöht worden.

### B. Allgemeine und besondere Bestimmungen, die die Geldbewertung bei der Zahlung berücksichtigen.

#### a) Allgemeine Bestimmungen:

Zuschlag bei verzögerter Zahlung nach Fälligkeit, Erhöhung der Verzugszinsen.

#### b) Besondere Bestimmungen:

Bei der Einkommensteuer die Verpflichtung, schon bei der Steuererklärung die Differenz zwischen Vorauszahlung, Abzug und wirklich erklärtem Einkommen zu leisten. Sofortige Einzahlung des Restbetrages der Steuerpflicht, der sich etwa durch den Steuerbescheid ergibt. Der Fehlbetrag, der etwa durch Verschulden des Zensiten zwischen Differenzbetrag und Restbetrag entstanden ist, wird mit einem Zuschlag von 5 Proz. belegt.

Bei der Körperschaftsteuer ebenfalls Vorschriften über Vorauszahlung, Nachzahlung, Abschlußzahlung und Zuschlag.

Bei der Vermögenssteuer Vorauszahlungen. (Diese Bestimmung wird erst 1926 wirksam.)

Bei der Umsatzsteuer Veränderung der Vorauszahlungsbestimmungen und Einführung der (bei der Einkommensteuer schon erwähnten) Zuschläge. Die „Vorauszahlung“ bezieht sich auf Vorauszahlungen vor endgültiger Veranlagung und Leistung der Unterschiedsbeträge. Unter bestimmten Voraussetzungen erhöhter Zuschlag auf die Differenz zwischen Vorauszahlungen und Veranlagung. (Fortsetzung folgt.)

## Wirtschaftliches.

Neues Fallen der Mark. — Es werden zu wenig Devisen geliefert. — Devisenpolitik und Reichsfinanzen. — „Substanz-erhaltung“. — Verschwendungswirtschaft.

Die mit großer Spannung erwartete Rede des englischen Ministerpräsidenten Baldwin zur Reparationsfrage ist in Frankreich auf einen Widerstand gestoßen, der mehr und mehr zeigt, daß die französische Regierung die Frage der Liquidation des Ruhrabenteuers als eine Angelegenheit ihres Prestiges und ihrer Macht ansieht. Eine Lösung des Konfliktes liegt also in weiter Ferne. Unter diesen Umständen konnte eine bessere Beurteilung der deutschen Währung an den ausländischen Börsenplätzen nicht erwartet werden. Vorübergehend freilich verringerte sich die außerordentlich hohe Spanne zwischen den inländischen und ausländischen Notierungen der Mark. Dagegen kam trotz aller Drohungen der Nachfrage der Berliner Kurs mehr und mehr ins Wanken, und am Dienstag, wo nur zwei Prozent der hochvalutarischen verlangten Devisen zugeteilt wurden, war der Dollarkurs bereits auf 218 000 angelangt. Auch dieser Kurs bleibt hinter den Auslandsnotierungen noch zurück. Es tritt aber immer deutlicher hervor, daß die künstliche Stützungsaktion der Mark, solange die Reichsbank nur mit dem technischen Mittel der Marktbeeinflussung arbeitet, auf die Dauer keinen Erfolg verspricht. Die Verwirklichung der Reichsfinanz, die in dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches für die letzte Juniabende besonders drastisch in Erscheinung trat — nur zwei Prozent der Ausgaben waren durch steuerliche Einnahmen gedeckt — die zunehmende Schuldenwirtschaft, die unausgesetzte Tätigkeit der Notenpresse und die Desorganisation des Kreditwesens — alle diese Umstände verhindern, daß auf die Besitzer von Devisen der notwendige Druck ausgeübt wird, der sie veranlassen könnte, sich ihres im Augenblick nicht benötigten Bestandes an fremden Zahlungsmitteln zu entäußern und damit das Angebot zu steigern. Es ist kein Vertrauen in die Mark. Die starke Abbrofflung der Nachfrage nach Devisen läßt denjenigen, welche damit rechnen müssen, in Zukunft fremde Zahlungsmittel zu Rohstoffeinkäufen zu benötigen, keine Möglichkeit, Devisen, die sie verfügbar haben, abzugeben. So hat sich der Birrmarkt am Devisenmarkt noch gesteigert. Was nützt es demgegenüber, daß man mit reichlicher Verschwendung eine neue Werbeaktion zur Zeichnung von Dollarobligationen gegen Devisen einleitet? Es ist jetzt durch ein Rundschreiben des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhrbewilligung sogar festgestellt, daß eine große Zahl von Firmen weniger Devisen an die Reichsbank abliefern, als sie abzuliefern imstande wäre. Damit ist bestätigt, was die Verfechter einer aktiven Währungspolitik immer behauptet haben, daß nur ein unverhältnismäßig kleiner Teil des Exporterlöses der deutschen Volkswirtschaft zugute kommt — ein größerer Teil bleibt in fremder Währung oder im Auslande stehen und fehlt der deutschen Zahlungsbilanz gerade in dem Augenblick, wo sie ihn am meisten benötigt: in den Monaten des Abwehrkampfes an der Ruhr, der in Wirklichkeit ja der Kampf um die Revision des Versailler Diktates ist und dessen Ausgang entscheidend ist für die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Deutschland in der nächsten Jahren arbeiten kann.

Die Zerfahrenheit am Devisenmarkt erfährt eben ihre stärkste Stütze durch die Zerfahrenheit der Reichsfinanzen. Auch hier hat man Neues hinzugelehrt, ohne es zu wagen, ganze Arbeit zu machen. Obwohl man noch heute die allgemeine Einführung von wertbeständigen Steuern zurückweist, die in erster Linie den Besitz treffen würden, hat man für die Ausfuhrabgaben bereits die Goldrechnung eingeführt und tut jetzt das gleiche für eine Reihe von Gebühren der Reichsämter. Hier zeigt man also, daß ein Goldschlüssel für Abgaben an das Reich durchaus anwendbar ist, während man bei den hohen Einkommen, bei den Besitzsteuern, wie überhaupt bei allen verzögerten Steuerzahlungen diesen Goldschlüssel nicht anwendet und infolgedessen dem säumigen Steuerzahler die Möglichkeit läßt, sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Es kann nicht eindringlich genug betont werden, daß Finanz- und Kreditpolitik mit der Wirtschaftspolitik zusammenarbeiten müssen, wenn innerhalb der Inflationswirtschaft und bei der zunehmenden Zerrüttung der Baluta die Interessen des Volksganges zu ihrem Recht kommen sollen. Dieser Erkenntnis verschließen sich die Behörden noch immer in weitgehendem Maße. Demgegenüber hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat in einem Gutachten seiner maßgebenden Ausschüsse ein Programm entworfen, das die notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Lohnwesens, der Staatsfinanzen, der Kreditpolitik scharf umreißt. Wir brauchen eben wertbeständige Löhne, Goldsteuern und wertbeständige Anlagen ebenso sehr wie Goldkredite, sonst kommen wir aus dem Zustand nicht heraus, daß ein kleiner Teil des Volkes, die Sachwertbesitzer, sich bereichert auf Kosten der breiten Massen, deren Glanz mit der Geldbewertung sinkt. Die kleinen Anfänge zu wertbeständigen Löhnen, die bereits jetzt vorhanden sind, bedürfen besonders des Ausbaues, und es ist nur zu wünschen, daß die im Reichsarbeitsministerium jetzt geführten Verhandlungen recht bald ein greifbares Ergebnis zeitigen.

Die deutschen Großbanken, deren Bilanzen jetzt vollständig vorliegen und deren Zahlen eher ein Beweis für die Gefährlichkeit, Tatsachen zu verbergen, als ein Bild von der Gestaltung des Geschäftsverkehrs zu geben, sind, haben sich ganz und gar auf den Gedanken der Erhaltung der Vermögenssubstantz eingestellt, und die Deutsche Bank hat in ihrem Geschäftsbericht darüber Ausführungen veröffentlicht, die nicht unüberwunden bleiben dürften. Die Summen, die sich wahllos in die Sachwerte flüchten, bedeuten keineswegs immer eine Erhaltung des Vermögens nach dem Geldwert. Das gilt nicht nur für fremde Devisen. Wir erleben ja heute, wie selbst hochwertige Valuten, z. B. Schweizer Franken und die baltische Krone, im Kurse verlieren, also nicht mehr dieselben Goldwerte vorstellen, für die sie die Devisenhalter noch vor kurzer Zeit gehalten haben. Noch weniger gilt das aber für die Produktionsmittel, die den Zinsen für viele Industrieunter-

nehmungen das Ziel der Marktflucht sind. Es ist bezeichnend, daß bürgerliche Politiker bereits außerordentlich schwerwiegende Bedenken gegen die Hamsterung von Sachwerten äußern, wie sie heute bei manchen Konzernbildungen zu beobachten sind. Man erkennt immer mehr, daß die wahllosen Angleichungen neuer Betriebe nicht immer der Produktionssteigerung dienen, sondern eine Verschachtelung herbeiführen, welche die Ueberflucht über die Produktion erschwert, der Monopolbildung günstig ist und eine organische Entfaltung der Weiterentwicklung leicht hemmen kann, besonders wenn die Konzerne sich mit der Angleichung derartiger neuer Unternehmungen auf Gebiete begeben, in denen sie nicht erfahren sind. Man kann es verstehen, wenn z. B. der Stinneskonzern eine gewaltige Ausdehnung in der Schwerindustrie, in der Elektroindustrie und im Ueberseehandel angestrebt und erreicht hat. Aber es ist unverständlich und in seinen Wirkungen mindestens nicht zu übersehen, wenn sich dieser Konzern in die Schmelzwarenindustrie begibt und im schlesischen Gebirge den Versuch macht, die Goblitzer Schmelzwarenindustrie heimisch zu machen. Es ist ohnehin eine unstrittene Frage, ob die weitverbreitete deutsche Schmelzwarenindustrie bei einer Sanierung der Währung am Weltmarkt genügend Absatz finden wird. Schafft man noch neue Produktionsmittel dieser Art, so geht man in jedem Falle das Risiko ein, daß die alten oder die neuen Produktionsmittel später nicht volle Beschäftigung finden, daß also das kostbare Material und die wertvolle Arbeitskraft, die man jetzt zum Bau solcher Fabriken verwendet, später sich als vergebend herausstellen. Der Zug zur Luftindustrie, der sich in den letzten Jahren bemerkbar macht, ist überhaupt eines der bedenklichsten Kennzeichen der Geldwertverwässerung. Wenn in einer einzigen Woche außer dieser Neugründung des Stinneskonzerns zwei andere Neugründungen ähnlicher Art bekannt werden, so ist das doch ein Zeichen, daß hier Produktionsmittel geschaffen werden, die bei der Verarmung des deutschen Volkes nicht Aussicht haben, dauernd voll beschäftigt zu bleiben. So hat die Breslauer Eisfabrik Gallowitz in Düsseldorf ein Filialunternehmen mit eigenen Fabrikationsstätten gegründet, die eine Leistungsfähigkeit von sechshundert Tausend Eis für täglich entfallen soll. Man fragt sich, wer diese Produktion abnehmen soll. Das Inland ist dazu nach der gewaltigen Steigerung der Eisproduktion seit dem Kriege sicherlich auf die Dauer nicht imstande; das Ausland aber kommt als Abnehmer nur solange in Betracht, als durch die künstliche Niedrighaltung der Löhne und durch die künstliche Verbilligung der Produktion, z. B. durch die billigen Kredite, die deutschen Preise so weit unter den Weltmarktpreisen liegen können, so daß für lange Zeit ein Unreiz zum Export bleibt. Eine andere Neugründung ist in der Schokoladenindustrie zu verzeichnen, wo die Sarotti u. G., die Kaisers Kaffeegesellschaft m. b. H. und die Genovis Nahrungsmittel in München, die miteinander eine Interessengemeinschaft eingegangen sind, in München eine große Schokoladenfabrik errichten. Zu einer Zeit, wo die Margarinegroßhändler melden, daß ihnen infolge der starken Preissteigerung die Ware nicht abgenommen wird, gründet die deutsche Volkswirtschaft Schmelzwaren-, Schnaps- und Schokoladenfabriken! An sich wäre gegen diese Entwicklung nichts einzuwenden, bestünde nicht die große Gefahr, daß man hier Werke schafft, die Maschinen verbrauchen, welche besser dem Export zugute kämen, daß man Arbeiter in diese Werke zieht, die besser in lebenswichtigen Industrien zu beschäftigen wären und daß man auf diese Weise in der Zeit grenzenloser Verarmung des deutschen Volkes eine Verschwendung treibt, die in Zahlen niemals ihren Ausdruck finden kann. Hier ist die Rehrseite der „Substanzerhaltung“. Alle die an den Gründungen beteiligten Unternehmungen dürften von dem Gesichtspunkte getragen sein, daß die werdende Anlage der Papiermarkt in Unternehmungen die beste Sicherung gegen Kapitalchwund ist. Der Erfolg ihres Vorgehens ist aber, wenn die Anzeichen nicht trügen, eine Vergeudung von Kapital und Arbeit. Wirkt es nicht wie eine Ironie, wenn man unter diesen Umständen von der für viele Preise sicherlich bestehenden Kapitalnot spricht? Ist diese Entwicklung nicht die glänzendste Widerlegung der Legende von der Ueberbehaftung der Arbeitskraft? Seit jeher hat der Kapitalismus dafür gelorgt, daß Waren in Massen hergestellt und billig angebotener wurden, die alles andere als dringlicher Lebensbedarf sind. Seit jeher hat er darin verlagert, allen Volksgenossen ihr Recht auf Leben zu sichern, indem man die Produktion auf den dringlichsten Lebensbedarf konzentrierte und billige Lebensmittel, billige Kleidung schuf. Die Zeichen der Geldwertverwässerung und ihrer Vergeudung von Kapital und Arbeit zeigen, daß die unbeherrschte Entfaltung der kapitalistischen Interessen keinesfalls jenes Maß von Wohlstand bringen, das die extremen Verfechter der freien Wirtschaft in so verschwenderischer Weise täglich versprechen. Es bedarf starker, ordnender Eingriffe der Allgemeinheit in die wirtschaftliche Entwicklung, auch — oder vielmehr erst recht in der Zeit, wo sich die Ueberleitung von der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft vorbereitet.

### Erhebung über den Alltag.

Neht denn je werden heute die Menschen durch ihre wirtschaftlichen Räte in Anspruch genommen. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß die Sorge um das tägliche Brot im Mittelpunkt alles Strebens steht. Aber die Gefahr ist groß, daß in diesem Ringen um wirtschaftliche Besserstellung das Geistige zu kurz kommt, das Seelische verkümmert. Und letzten Endes hat doch aller Kampf um die Existenz nur den einen Sinn und Zweck, wenn uns die geistige materielle Basis die Möglichkeit schaffen soll, unsere geistigen Kräfte zu entwickeln und in leuchtender Erhebung über den Alltag des Schönen teilhaftig zu werden, das uns dieses Leben vermehren kann. Hier muß jeder einmal einhalten und nachdenken. Er darf sich von den wirtschaftlichen Kämpfen nicht aufheben lassen. Er muß die Wege und Mittel finden, um sich auch in dieser schweren Zeit wenigstens hin und wieder in reinere, geistige Sphären zu erheben. Er sollte es am liebsten, als jede solche Feierstunde neue Kraft für die Kämpfe des Alltags gibt.

Die schönsten und reinsten Feierstunden schafft wohl das Erlebnis eines Kunstwerks. Man muß das Kunstwerk allerdings richtig erleben; ein bloßes Verstehen. Begreifen macht es noch nicht. Aber wer einmal durch ein Kunstwerk tief ergritten, erschüttert, mit jenem unbeschreiblichen Zeitgefühl erfüllt wurde das auch dann noch reinigend, erlösend wirkt, wenn man zu Tränen gerührt ist, hat man, was gemeint ist.

Das Erlebnis eines Kunstwerks gibt am ehesten eine Theateraufführung — vorausgesetzt natürlich, daß es ein Kunstwerk zur Aufführung bringt, daß die Vorstellung annehmbar ist und daß keine unheimliche und unangenehme Zuhörerhaftigkeit die Dinge an das Herz rührt. Im Theater tritt das Kunstwerk, nämlich die Dichtung, am lebendigsten vor die Seele, da nicht wie Buchstaben sie vermittelt, sondern die lebendige Kraft künstlerisch gestalteter Menschen. Die Schauspieler tragen die Dichtung ja nicht vor, sie verkörpern die Gestalten. Die des Dichters Phantasie schaut, und die Illusion des Wirklichen wird bis zu dem äußersten Grad gesteigert, der noch künstlerische Wirkungen zuläßt.

Die ersten Vorzüge des Theaters empfinden gottesdienstliche Kreise. Das Theater von heute hat leider von seinem gottesdienstlichen Charakter viel, wenn nicht alles eingebüßt. Aber das Theater ist an sich berufen, die Menschen auch heute wieder zu erheben, was die Dichtung im Stande ist zu tun, das aber heute nicht mehr ein so gewaltiges Erlebnis und Er-

### Sind Lehrlinge gewerbliche Arbeiter?

(Antwort für die Zahlstelle Passau.)

Diese Frage hatte das Oberchiedsamt in seiner letzten Sitzung am Grund des Einpruchs des Porzellanarbeiterverbandes zum Gewerkschaftsamt Thüringen vom 27. Februar 1923 im Falle der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter der Firma Heinrich Baensch, Pettin, zu beschließen.

Das Oberchiedsamt zieht dabei den Paragraphen 24 des Reichstarifgesetzes heran, in dem nur vom Lohn die Rede ist, und schiebt dabei einen juristischen Kurzschluß nach § 38 des Urlaubsabschnittes im Manteltarif. Es sagt, daß Urlaub für Lehrlinge im 2. Lehrjahr im Reichstarif vom 8. Oktober 1922 nicht begründet sei.

Die Begründung wird aus dem Paragraphen 24 (Schlußabsatz) zur Ablehnung des Urlaubs herangeholt. Wie es im Jurist fertig bringt, einen Paragraphen zur Ablehnung des Urlaubs für Lehrlinge im 2. Jahre heranzuziehen, in dem nur von der Entlohnung die Rede ist, ist wirklich ein Konglomeratstück. Es werden als Entschuldigend für frühere Urteile die älteren Reichstarife angeführt, deren Vorlaut in der Urlaubsfrage sich vollständig mit dem Tarifvertrage von 1922 deckt.

Es war also kein irrtümlich. Urteil nach dem UGV, sondern im Falle Baensch ist es ein glattes Fehlurteil. Der Paragraph 38 redet vom Urlaub folgendemmaßen: „Den Arbeitern wird von dem auf den Eintritt in das Werk folgenden Kalenderjahre ab ein Urlaub von vier Tagen, mit jedem weiteren Jahre ein weiterer Urlaubstag gewährt bis zu einer Höchstdauer von neun Urlaubstagen.“

Hier ist also von Arbeitern die Rede, die Urlaub erhalten. Im Titel VII der VO wird auch von gewerblichen Arbeitern geschrieben und darunter werden auch Lehrlinge angeführt. Hier ist nicht von Entgelt u. v. die Rede. Der § 11 des Betriebsratsgesetzes sagt über den Sinn des Wortes Arbeiter deutlich: „Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind die im Dienste anderer gegen Entgelt oder als Lehrlinge beschäftigten Personen, mit Ausschluß der Angehörigen.“

Platow sagt in seinem Kommentar, Absatz 4. 2. Teil: Das UGV hat jedenfalls die Lehrlinge als Arbeitnehmer anerkannt, und zwar, wie der Vorlaut des § 11 beweist, gleichgültig, ob sie gegen Entgelt oder ohne solches beschäftigt sind, ja, vielleicht sogar etwas zugunsten müssen. Wie steht es nun mit den Lehrlingen in der Porzellanindustrie? Im ersten Lehrjahre tritt es noch ein, daß die jungen Leute gegen Zeitlohn beschäftigt sind. Jedoch im zweiten Lehrjahre, ja, meist schon im ersten Lehrjahre, müssen sie im Werk arbeiten und erhalten laut Lehrvertrag in den beiden ersten Jahren den halben Lohn des angelernten Arbeiters und für die beiden nächsten Jahre  $\frac{2}{3}$  des Stücklohnes des Vollarbeiters. Hier müssen also Lehrlinge bereits im zweiten Lehrjahre gegen Entgelt arbeiten. Also im wahren Sinne und im Sinne des Gesetzgebers sind die Lehrlinge Arbeitnehmer. Wie kann da das Oberchiedsamt dazu kommen, Lehrlinge nicht als Arbeiter anzusehen? Hier wird nun wohl das Oberchiedsamt einleihen müssen, daß es einen Fehlspruch bezogen hat. Der will es nochmals unternehmen, wenn von Lohnfragen in einem Tarif die Rede ist diese Paragraphen einfach auf die anderen Punkte anzuwenden, die in gar keinem Verhältnis zur Lohnfrage stehen? Dann brauchen wir keine Manteltarifverhandlungen mehr, sondern überlassen es dem Oberchiedsamt, solche zu pflegen. Oder gilt ein allgemein verbindlicher Tarifvertrag nicht mehr, der auf Treu und Glauben von zwei Parteien aufgebaut wurde?

### Frühlingsglaube.

Es wandert eine schöne Sage  
Wie Wellendunst auf Erden um,  
Wie sehndend eine Liebesklage  
Sieht sie bei Tag und Nacht herum.

Das ist das Lied vom Völkerverleiden  
Und von der Menschheit letztem Glück,  
Von goldner Zeit, die einst hiernieden  
Der Traum als Wahrheit, kehrt zurück.

Wo einst alle Völker beten  
Zu einem König, Gott und Hirt;  
Von jenem Tag, wo den Propheten  
Ihr leuchtend Recht gesprochen wird.

Dann wird's nie eine Schwach noch geben,  
Nur eine Sünde in der Welt:  
Des Eigen-Reibes Widerstreben,  
Der es für Traum und Wahnsinn hält.

Wer jene Hoffnung gab verloren  
Und bösslich sie verloren gab,  
Der wäre besser angebeten:  
Denn lebend wohnt er schon im Grab.

baung, das reiner und reicher macht, aus dem man gestärkt und beglückt wieder herausgeht. Das künstlerische Erlebnis, das eine gute Theateraufführung vermitteln kann, das diese gottesdienstliche Mission.

Die Volkstheaterbewegung bezweckt, das Theater so auszugestalten, daß es sie erfüllen kann. Eine Volkstheater soll durch verbilligte Vorstellungen jedermann die Möglichkeit zur Teilnahme an wirklich wertvollen Vorstellungen schaffen, die Besucher des Theaters sollen sich als eine „Gemeinde“ fühlen, in der es keine Rangunterschiede und abgestuften Klapppreise gibt. Das Theater darf nicht mehr Geschäft sein, sondern soll von den Besuchern selbst getragen und ohne jed. Gewinnabsicht nach ihren eigenen Wünschen gestaltet werden. Das ist die Idee der Volkstheaterbewegung. Der Verein Freie Volkstheater in Berlin zuerst verwirklichte.

Es ist heute wichtiger denn je, daß der großen kulturellen Aufgabe der Volkstheater die allgemeine Aufmerksamkeit zugewandt wird. Hier dürfen die Massen der werktätigen Bevölkerung jene Feierstunden erwarten, die sie so dringend benötigen. Ein relativ kleines finanzielles Opfer ist es. Es mag manchem schwer genug werden. Jedoch: das Erlebnis eines Kunstwerks, eine von Unacht getragene gute Theateraufführung, das es nicht, braucht jeder, der nicht im Kampf des Alltags verkommen und verjumpten will. Deshalb schließe sich jeder der Volkstheater an und halte ihr die Treue, wenn es die Pflicht des Volkes und die Pflicht ist.

### Aus dem französisch-belgisch besetzten Gebiet des Rheinlandes.

Von Anna Tassen.

Im französisch-belgisch besetzten Gebiet des Rheinlandes reißt das Frühlingsfest die Schönheit des Landes jetzt sich erst voll im Sommer. Endlos die Roggen-, Weizen-, Gemüselfelder, riesige Wiesen mit weidendem Vieh. Ueberall rauschen die besonders am Niederrhein so charakteristischen Pappeln.

Aber die Bevölkerung der französisch-belgisch besetzten Gebiete ist in diesem Jahre sehr ernst, ja gedrückt gestimmt. Sie ist ihrer Freiheit fast völlig beraubt. Die Tricolore, einst ein unbescholtenes Zeichen der Freiheit, brachte hierher nichts als Verbote, Belagerungsstand, Unruhmomente, Hunger. Jeder Tag bringt hier neue Urteile, die Deportation, Enteignung, Ver-

Schreiber dieser Zeilen kann feststellen, daß bei der Auffassung der Urlaubsparagrafen von den Arbeitgebern keine Einwendungen betriebs der Lehrlinge gemacht wurden. Nur die Entlohnungsfrage führte zu D.atten und zur Aufstellung des Gedanken einer Lehrlingskommission. Wie stehen nach wie vor noch auf dem Standpunkt, daß Lehrlinge, ebenso wie Jugendliche, nach einer Beschäftigung von einem Kalenderjahr im Betriebe Urlaub erhalten müssen. Unterzeichnete würde den Zahlstellen empfehlen, da es keine weitere Berufung an eine höhere Instanz gibt. Schlichtungsausschüsse und ordentliche Gerichte, wie Gewerbegerichte, anzurufen. S. M.

### Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands im Jahre 1922.

Zu Beginn der Gewerkschaftsbewegung waren es die Arbeiter der gelernten Berufe, die den Wert der gewerkschaftlichen Vereinigung zuerst erkannten.

Allen Widerstand, um Trotz wurde jedoch für die Zeit vom 20. Juni bis zum 2. Juli 1890 ein Kongreß aller nicht-gewerblichen Arbeiter Deutschlands nach Hannover einberufen und auf diesem der Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands gegründet, nachdem bereits in versch. ebenen Lokalbvereine vorhanden waren, die sich dem neuen Zentralverbande anschlossen. Aber nur langsam ging die Entwicklung vorwärts; denn als nach zwei Jahren der erste Verbandstag in Braunschweig abgehalten wurde, zählte der neue Verband erst 2500 Mitglieder. Doch der Organisationsgedanke hatte auch bei den nichtgewerblichen Arbeitern und Arbeiterinnen Fuß gefaßt. Und es ging vorwärts. Nach zehnjährigem Bestehen war die Mitgliederzahl auf 31 906 gestiegen, nach weiteren zehn Jahren auf 167 097. Am Schlusse des Jahres 1913 betrug sie 207 384. Infolge Krieges verminderte sich der Mitgliederstand infolge der Ausziehung zum Heeresdienst bis auf 80 545 im Jahre 1916, um dann aber wieder zu steigen, so daß am Schlusse des Jahres 1918 256 577 Mitglieder gemustert werden konnten.

In der Folgezeit nahm der Fabrikarbeiterverband einen geradezu rapiden Aufschwung; denn am Ende des Jahres 1922 waren 733 013 Mitglieder (525 504 männliche und 207 509 weibliche) vorhanden. Gegenüber dem Jahre 1921, in dem die Mitgliederzahl 681 971 (493 239 männliche und 188 732 weibliche) betrug, ist eine Zunahme von 51 042 Mitgliedern (32 266 männliche und 18 777 weibliche) oder um 7,48 v. H. zu verzeichnen, ein Ergebnis, das als befriedigend anzusehen ist, wenn in Betracht gezogen wird, daß jedes der drei letzten Jahre einen solchen Zuwachs an Mitgliedern nicht aufzuweisen hat.

Auch im Jahre 1922 stand der Fabrikarbeiterverband in bezug auf seine Größe an zweiter Stelle aller freigewerkschaftlichen Organisationen. Damit kommt die dominierende Stellung innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung unzweifelhaft zum Ausdruck.

Zahlstellen hat der Verband 564 in 16 Gauen, 201 Zahlstellen haben Angestellte, deren Zahl im ganzen 452 beträgt. Dazu kommen die Angestellten beim Hauptvorstand sowie die Gauleiter, so daß am 31. Dezember 1922 im ganzen 567 Angestellte vorhanden waren. (Nicht eingerechnet sind hier die Hilfsarbeiter, Maschinenreiberinnen und Schreibhilfen.) Die Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens waren sehr beachtlich. Im ganzen wurden 115 490 911,37 Mk. verausgabt, und zwar für Streikunterstützung 67 054 578,17 Mk., für Gemäßigtenunterstützung 35 831,10 Mk., für Krankenunterstützung 25 462 909,70 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 15 832 258,15 Mk., für Reiseunterstützung 1 899 554,25 Mk., für Umzugsunterstützung 508 952,85 Mk., für Notlageunterstützung 74 814,10 Mk., für Sterbegeld 3 920 240,75 Mk., für Rechtschutz 381 772,30 Mk.

Die Gesamtzahl der vom Verband geführten Lohnbewegungen betrug 9570. Davon wurden 9209 ohne Streik erledigt, während bei 361 zur Arbeitszeiteinstellung geschritten werden mußte. Es wurden erreicht bei Angriffsbewegungen für 268 Personen eine Arbeitszeitverförmung von 2066 Stunden pro Woche, für 8 969 085 Personen 9 569 119 474 Mk.

### 7. Sitzung des Ausschusses des ADGB.

(Schluß.)

Die Aussprache über diese beiden Referate hielt den Ausschuß bis in die späten Abendstunden des ersten Sitzungstages zusammen. Von verschiedenen Rednern wurde unter anderem besonders betont, daß bei den Bemühungen zur Anpassung der Löhne zunächst nur Behelfsmaßnahmen herauskommen könnten. Verschiedene Redner wandten sich auch gegen die in einem Teil der Presse betriebene Stimmungsmache, die nur beweise, wie oberflächlich sich deren Urheber mit der schwerwiegenden Frage beschäftigt hätten und bei der Arbeitererschaft übertriebene Hoffnungen weckte.

Folgende Entschließung wurde gegen zwei Stimmen angenommen:

beiter, alle gleichmäßig treffen. Ein vollstrecktes Todesurteil Uns starre das Grauen entgegen. Wir haben eine blutige Leiche. Menschen hatten einen Menschen auf Befehl erschossen; neun Menschen einen Menschen. Brüder einen Menschenbruder. Wir fragen nicht nach Schuld, wir wußten nur, daß haben sie einen Menschen ermordet. Brüder einen Bruder.

Das französische Kriegsgericht fällt Urteile, die jeden Recht ins Gesicht speien, aller Ueberlieferung Hohn. Man denkt an barbarische Zeiten. Was würde wohl Voltaire, dieser freiheit und Gerechtigkeit gegen alle Großen und Könige vertheidigende Franzose zu diesen Urteilen seiner Landsleute sagen?

Jeden Augenblick fürchten wir ein neues Eisenbahnunfall, eine Sprengung. Denn stets sind wir die Leidtragenden. Es regnet Verbote, verschärfte Belagerungsstand. Um 9 Uhr muß alles von der Straße sein, bis morgens um fünf. Der Verkehr ist aufs äußerste beschränkt. Zeitungen sind verboten. Hoff geht 5 bis 6 Tage. Stundenweit laufen die Menschen zu Fuß. Arbeiter fahren gar nicht mit diesen Zügen. — Fast alle Werke liegen still. In jedem Ort gibt's eine Menge Arbeitslose. „Unsozialer“ werden sie scherzend genannt. Die Preise sind um 25 Prozent höher als im unbesetzten Deutschland. Uebersehwermt ist alles von laufenden Ausländern. Sie kaufen die Schuhe, die Kleider, die Weine, Schokolade. Sie sitzen in den Restaurants und Cafés und machen Calutafachen.

Einige Preise der Bevölkerung schimpfen immerzu auf die Regierung, auf die Franzosen, auf die Juden. Sie haben alles zerlassen, was nordem war, den „Heldenkaiser“ und seine idiotischen Heben, den Krieg, die Gefakenen. An der Ruhr hängt ihr Gedächtnis an. Sie nennen es „Hundebedemut“, wenn ein deutscher Minister von Verhandlungsbereitschaft redet. O ja ihr Gedächtnis ist sehr schwach: Hundebedemut, das gab es in der Revolution bei gewissen Leuten, die sich vertrocknen hatten. Es läßt sich so gut schimpfen am Bierisch, bei einer guten Rigarre, im französisch besetzten Gebiet.

Für uns Sozialisten ist der Weltvorizont finster zusammengeballt. Französische Willkür und nationale Verbeugung! Goh! Hamant, Völkerrath! Im Hintergrund lauert der ewige Menschenvernichter Krieg. Bewahren wir Ruhe, Besonnenheit, fest bleiben, Sozialisten sein. Das Land, die Republik lieben, schützen. Nieber mit dem Völkerrath, nieber mit dem Krieg! Für Verjährung, für Verjährung! Schwer ist das Ziel herrlich, schön das Ziel.

Die Entwertung der Papiermark ist seit der Besetzung des Ruhrgebietes in so rapidem Maße erfolgt, daß die Anpassung der Löhne in die stetig sinkende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag. Die Folge dieses Mißverhältnisses ist eine fortschreitende Verelendung der Lage der Arbeiter und ein Abbau der Substanz der Arbeitskraft, eine starke Schwächung der Konsumkraft der breiten Massen der Bevölkerung und somit eine ernsthafte Gefährdung der deutschen Wirtschaft.

Der Ausschuss des ADGB hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Teuerung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Aufwertung des Lohnes am Rahlstage ist eine amtliche Maßstabszahl einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Maßstabszahl muß wöchentlich festgestellt und möglichst kurz vor dem Lohnzahltag im ganzen Reich veröffentlicht werden. Als Tag der Veröffentlichung empfiehlt sich am besten der Mittwoch.

Die Anwendung der amtlichen Maßstabszahl auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuss die sofortige Anwendung durch Gesetz oder Verordnung.

Der Bundesausschuss ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unbedingt notwendige Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch nicht zu erreichen ist. Diese ist aber unbedingt anzustreben auch im Interesse der Wiederherstellung der deutschen Arbeitskraft, die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik des Unternehmertums aufs äußerste gefährdet ist.

Der Bundesausschuss macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, nicht nur jedes weitere Abwärtsgehen der Löhne zu verhindern, sondern auch nach wie vor auf eine Erhöhung des Reallohnes hinzuwirken und die Kaufkraft der erungenen Löhne zu sichern. Von der Regierung und von dem bei Lohnfestsetzung mitwirkenden Behörden und Schlichtungsinstanzen wird erwartet, daß sie den Gewerkschaften bei der Erfüllung dieser Aufgabe die notwendige Unterstützung leisten.

Ueber die Sabotageakte im Ruhrgebiet äußerte sich der Ausschuss durch folgende, vom Genossen Reichel (Metallarbeiter) eingebrachte und einstimmig angenommene Entschließung:

„Der Bundesausschuss verurteilt aufs schärfste die verbrecherischen Sabotageakte überpanner nationaler Arbeiterkreise im Abwehrkampf gegen die rechtswärtig erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes. Er erklärt diese Handlungen für unvereinbar mit dem von der Arbeiterschaft unterstützten Abwehrkampf und fordert deshalb alle Gewerkschaftsgruppen auf, diesen Sabotageakten mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Von der Reichsregierung fordert der Bundesausschuss, daß mit Nachdruck die Schuldigen ermittelt und zur Verantwortung nach deutschem Recht gezogen werden.“

Am zweiten Sitzungstage beschäftigte der Ausschuss sich unter anderem mit besonderen Organisationsfragen in Oberschlesien, im Saargebiet und in dem von den Litauern besetzten Memelland. Den Wünschen der dortigen Genossen soll nach Möglichkeit entgegengekommen werden.

Der Bundesbeitrag wurde auf monatlich 42 Mk. und 28 Mk. für weibliche Mitglieder festgelegt. Bei weiterer Geldentwertung ist der Vorstand berechtigt, Extrabeiträge zu erheben.

Da der Genosse Adolf Cohen krankheitshalber sein Amt als dritter Bundesvorsitzender niedergelegt hat, hatte der Ausschuss sich mit einer Erziehung zur beschließen. Beschlossen wurde nach längerer Verhandlung, eine Kommission zu beauftragen, im Verein mit dem Bundesvorstand bis zur nächsten Ausschusssitzung die nötigen Vorarbeiten zur Wahl zu treffen. Zum unbesetzten Vorstandsmittelglied an Stelle des zum Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam übergetretenen Genossen Sassenbach wurde Genosse Jädel (Textilarbeiter) gewählt.

Die Erledigung der vom Gewerkschaftskongress dem Ausschuss überwiesenen Anträge führte unter anderem zu einer längeren Aussprache über Kultur- und Bildungsbeiträge, zwar nicht über deren Wert an sich, als darüber, was unter den heutigen Verhältnissen durchführbar ist. Zu dem vom Verband der Dachdecker zum Kongress gestellten Antrag 209 auf Erhebung eines Kulturbeitrages beschloß der Ausschuss auf Antrag des Genossen Simon (Schuhmacher), daß der nächsten Ausschusssitzung gemeinschaftlich mit der schon bestehenden Studienkommission ein Plan über Ausbringung und Verwendung der Mittel vorgelegt werden soll.

Zu dem Antrag 210 vom Verband der Musiker, wonach die Gewerkschaften und ihre Mitglieder für die Erhaltung und den Ausbau von Bildungs- und Kunstvereinigungen eintreten sollen, lag ein Antrag von Friebebach (Chorführer- und Ballettpersonal) und Fauth (Musiker) vor, der ebenfalls Berücksichtigung der Wünsche der ausübenden Künstler forderte. Der Ausschuss beschloß, daß auf die Verbände und die Ortsausschüsse im Sinne der Anträge eingewirkt werden soll.

Der Antrag 211 (Verband der Lithographen) wurde dahin erledigt, daß den Verbänden von neuem empfohlen werden soll, den Genossenschaftsgebanken zu propagieren und für die Stärkung der Genossenschaften einzutreten.

In vorgerückter Stunde berichtete Genosse Streine (Maler) über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft für Gewerbehygiene und die bisherigen Vorbereitungen zu deren am 10. und 11. September stattfindenden Hauptversammlung in Würzburg. Die Tätigkeit der Gesellschaft soll sich nicht nur auf die Verhütung von Gewerbekrankheiten erstrecken, sondern auch auf die Unfallverhütung.

Bundesvorsitzender Leibart wies auf die Wichtigkeit der Gewerbehygiene und die Notwendigkeit hin, den Einfluß der Gewerkschaften erst auf diesem Gebiete geltend zu machen und forderte alle Verbände, deren Mitglieder irgendwelchen Berufsgefahren ausgesetzt sind, auf, die Mitarbeiterschaft zu erwerben.

## Das Lohnabkommen ab 16. Juli 1923.

Die Lohnverhandlungen werden immer schwieriger. Die Verhältnisse drängen die schwer geschädigte Arbeiterschaft zu Forderungen, die von den Unternehmern als viel zu hoch angesehen werden. So entsteht ein stets gespannteres Verhandeln. Die Dinge liegen so, daß ein Lohnabkommen hinter dem anderen zurückbleiben muß, weil die Teuerung täglich weiter rast und gar nicht mit Lohnerhöhungen auszugleichen werden kann.

Nur dem Uebel etwas zu steuern, soll eine besondere Kommission die Frage der Wertbeständigkeit der Löhne während der Dauer des laufenden Lohnabkommens prüfen. Mit großer Erwartung richten sich die Augen der Kollegenchaft auf die Arbeit dieser Kommission; übermäßige Hoffnungen werden sich kaum erfüllen, denn jede Verbesserung, besser, müssen wir gewiß sein, muß erkämpft werden. Reife Früchte fallen der Arbeiterschaft durch ein bloßes Hoffen nicht in den Schoß.

Vorläufig müssen sich die Kollegen und Kolleginnen noch einmal mit folgenden unzulänglichen Vereinbarungen begnügen: Auf Grund freier Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Parteien vereinbart worden:

1. Der mit Wirkung ab 9. Juli für die Ortsklassen A, B und C geltende Effektivlohnzuschlag von 242 Proz. erhöht sich vom 16. bis 22. Juli 1923 auf . . . 500 Proz. ab 23. Juli 1923 auf . . . 570

2. Abweichend von obigem gelten für die in Groß-Berlin gelegenen Betriebe in Hinblick auf die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse folgende Effektivlohnzuschläge:

- vom 16. bis 22. Juli 1923 . . . 532 Proz. ab 23. Juli 1923 . . . 608

3. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen, die Prämien und Besatzungszulagen.

4. Während des abgelaufenen Lohnabkommens gewährte Teuerungszulagen werden angerechnet.

5. Das Gehalt wird von 8000 bzw. 16000 Mk. auf 15000 bzw. 30000 Mk., das Nebenentgelt von 20000 auf 38000 Mk. erhöht. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

6. Die Frage der Wertbeständigkeit der Löhne soll während der Dauer des laufenden Lohnabkommens durch eine besondere Kommission beraten werden.

7. Dieses Abkommen kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Tagen zum Wochenende, erstmalig zum 28. Juli 1923, gekündigt werden.

Kürnberg, den 20. Juli 1923.

**Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie.**  
gez.: Gramsch. gez.: Dr. Warneke.  
**Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
zugleich namens der  
**am Tarif beteiligten übrigen Arbeitnehmerorganisationen.**  
gez.: Georg Wollmann.

## Die Stimme der Arbeiterschaft.

Die Zahlstelle Hermsdorf hat die Leiden und die sich daraus ergebenden Forderungen der Arbeiterschaft in einer Resolution zusammengefaßt, die hiermit der Kollegenchaft unterbreitet wird:

„Die unverantwortliche reaktionäre Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung hat die Arbeiterschaft in eine ungeheure ernste wirtschaftliche Lage gebracht. Die vorhandene Not und das Elend sind ins Unermessliche gestiegen. Die planlose Ruhrpolitik geht lediglich zu Lasten der Arbeiterschaft. Besitz- und Unternehmertum ist auch wieder hier in der Lage, aus Not und Elend erhöhten Profit zu ziehen. Durch die Ungerechtigkeit der Steuererteilung, die den Besitz beschont, die breiten, beschlagnahmten Massen aber aufs schwerste belastet, wird eine geradezu verzweiflungsvolle Lage geschaffen. Die Porzellanarbeiterchaft der Zahlstelle Hermsdorf-Klosterlausitz fordert von unseren maßgebenden Instanzen, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für eine Umstellung der wirtschaftlichen Lage einzutreten. Vor allem verlangen wir, daß die Einführung der wertbeständigen Löhne auf das schnellste nach den angegebenen Vorschlägen des ADGB in Kraft treten muß, um endlich in der Frage „Lohnpolitik“ das Kapital zu erfassen.“

Angesichts dieser gefährlichen Situationen ist es für das arbeitende Volk dringend notwendig, alle Machtpositionen der Arbeiterschaft zu halten und mit höchem Kampfeswillen zu verteidigen. Die Porzellanarbeiterchaft der Zahlstelle Hermsdorf-Klosterlausitz erklärt sich rückhaltlos hinter die gestellten Forderungen.

Es wäre zu wünschen, daß sich die Kollegenchaft im ganzen Reich geschlossen der Auffassung der Hermsdorfer Kollegen und Kolleginnen anschließt und alles dafür einsetzt, den Forderungen auch die Durchführung zu ermöglichen.

## Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Von Joh. Sassenbach  
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

**I. Internationale Berufssekretariate.** Die Tätigkeit der internationalen Berufssekretariate hat in den letzten Monaten an Umfang und Bedeutung zugenommen. Zunächst zeigt sich, daß im Zusammenwirken dieser für das Gewerkschaftsleben so bedeutungsvollen Körperschaften der Kriegseifer überwunden ist. Resolutionen gegen die Ruhrbesetzung wurden vielfach auf Antrag von französischen und belgischen Delegierten angenommen.

Von den gestifteten Beschlüssen sollen nur die hauptsächlichsten wiedergegeben werden. Der Vorstand der Union der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie beschloß, daß die Entschuldigungen des Vorstandes, soweit sie sich auf Kongressbeschlüsse stützen, für die angeschlossenen Organisationen verbindlich sind. Dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongress sollen Vorschläge wegen Erklärung und Durchführung internationaler Boykotts unterbreitet werden; die Nacharbeit, auch in ununterbrochenen Betrieben, wurde verurteilt. Die internationale Konferenz der Maler verlangte das gesetzliche Verbot der Verwendung von Bleifarben und beschloß den Zusammenschluß mit der Bauarbeiter-Internationale. Die Fachgruppe „Bankangestellte“ des Internationalen Bundes der Privatangestellten sprach sich gegen das mit dem ständigen Eindringen amerikanischen und westeuropäischen Kapitals in die Kreditinstitute Mitteleuropas verbundene Bestreben aus, den Wiederaufbau Mitteleuropas durch Beseitigung der sozialen Ertragschaften der Arbeitnehmer zu erreichen.

Sowohl die Lebens- und Genussmittelarbeiter wie die Privatangestellten hatten sich mit der Frage des Anschlusses der russischen Berufsorganisationen zu beschäftigen. Die Lebens- und Genussmittelarbeiter lehnten die Aufnahme von solchen Organisationen, die der Roten Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, ab, erklärten sich aber mit einer Arbeitsgemeinschaft einverstanden; die Privatangestellten wollen erst nähere Erhebungen veranstalten. Eine internationale Konferenz der Transportarbeiter beschäftigte sich ebenfalls mit der russischen Frage und kam zu Vorschlägen, die in allen Ländern lebhaft Diskussionen hervorgerufen haben, da sie den jetzt noch zu Recht bestehenden Beschlüssen der internationalen Körperschaften widersprechen. Auch das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes mußte zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Resolution bei einer Stimmeneinstimmung angenommen:

„Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat die durch die Berliner Konferenz der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, sowie die Veröffentlichung des provisorischen Manifestes dieser Konferenz geschaffene Lage geprüft. Sowohl die Konferenz selbst als auch die Veröffentlichung des provisorischen Manifestes ist ohne Mitwissen des Bureaus erfolgt und dieses kann deshalb auch keine Verantwortung dafür übernehmen.“

Da die Resolutionen der verschiedenen Kongresse nur durch Kongressbeschlüsse abgeändert werden können, erklärt das Bureau, daß nur die Beschlüsse und Resolutionen der Kongresse des IGB die Haltung und die Propaganda des Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbundes bestimmen können.

Im übrigen soll die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes, im Geiste und dem Inhalt der Kongressbeschlüsse entsprechend, fortgesetzt werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nicht durch irgendwelche andere Beschlüsse gebunden werden, die außerhalb des Rahmens der von den angeschlossenen Landeszentralen festgelegten Politik gesetzt werden, über die sie allein zu entscheiden haben.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist im Sinne der Londoner Resolution nach wie vor bereit, mit den gewerkschaftlichen Organisationen außerhalb des Reiches zu treten, jedoch unter Ausschluß der oppositionellen Minderheiten der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Landeszentralen und in Übereinstimmung mit den auf den

Kongressen in Amsterdam, London, in Rom und im Haag angenommenen Resolutionen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist immer noch davon überzeugt, daß die Einheit der Arbeiterbewegung im Rahmen der regulären Organisationen jedes Landes verwirklicht werden kann und soll, sowohl was die speziellen Aktionen als auch, was die allgemeine Aktion zugunsten unserer Forderungen und der Befreiung des internationalen Proletariats betrifft.

Nast alle Zusammenkünfte der internationalen Berufssekretariate hatten sich mit der Beitragsfrage zu beschäftigen, weil der Wert des Geldes in den einzelnen Ländern so verschiedenartig geworden ist. Man hat sich bisher vielfach damit gehalten, daß das Wertverhältnis der Vorleistungszeit als Grundlage genommen wurde und daß Länder mit niedriger Valuta diesen Beitrag verpflanzten. Diese vorläufige Regelung wird auf die Dauer nicht beibehalten werden können; man wird einen anderen Maßstab suchen müssen und dieser könnte vielleicht ein bestimmter Teil des Durchschnittsstundenlohnes der einzelnen Länder sein.

Von Neuanschlägen an die internationalen Berufssekretariate sind die der französischen Tabalarbeiter und der amerikanischen Väter und Konditoren zu melden. Folgende Kongresse und Konferenzen sind in Aussicht genommen: Kongress der Lebens- und Genussmittelarbeiter im November in Brüssel; Vorstandssitzung der Privatangestellten im Januar 1924 in London; Kongress im Mai oder Juni 1924 in der Schweiz; Transportarbeiter im Herbst in Berlin; Schuh- und Lederindustriearbeiter im September d. J. in Dresden. Beantwagt, aber noch nicht einberufen ist ein Kongress der Gastwirtschaftlichen. Die Beamten halten im Juli eine Vorbesprechung in Wien ab, um über die Begründung einer Beamteninternationale zu beraten.

**II. Landeszentralen.** Die Berichte der einzelnen Landesorganisationen über das erste Vierteljahr 1923 zeigen teilweise einen geringen Niedergang des Mitgliederbestandes, in anderen Ländern scheint man den ungelunden Mitgliederzuwachs der Nachkriegszeit verbaut zu haben und zu normalen Verhältnissen gekommen zu sein. Das zeigt sich vor allem in den beiden Ländern mit der größten Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern, in Deutschland und England. Deutschland hat nur einige Mitglieder weniger als vor einem Jahre, ein Resultat, das wegen der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands und der immunitätlichen Sezarbeit als äußerst günstig bezeichnet werden muß und in England regt sich überall neues Leben. Man beachtigt jetzt in systematischer Weise eine Agitation für die Gewerkschaften vorzunehmen. Vor allem fällt in England auf, daß ein ganz neuer Geist in die Gewerkschaftsbewegung eingebracht ist, daß man sich, was früher wenig der Fall war, für die Gewerkschaftsbewegung anderer Länder interessiert und daß man versucht, in gute Verbindung mit den Arbeitern des Kontinents zu kommen. Ein Beweis dafür war die geradezu glänzende Aufnahme, welche eine Gruppe junger deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen vor kurzem in England gehabt hat. Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte eine Tour organisiert, bei der die aus fünf Mädeln und sieben Jungen bestehende Gruppe während einer vierzehntägigen Tour zeigte, auf welche Weise die deutsche Arbeiterjugend mit Musik, Gesang und Volkstänzen ihre freie Zeit verbringt. Ein anderer Beweis ist das große Interesse, das in England für die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Schloß Brühl und Schloß Tinz in Deutschland, sowie Schloß Schönbrunn in Oesterreich veranstalteten internationalen Ferienkurse vorhanden ist.

In Italien hat sich die Lage der Gewerkschaften noch immer nicht gebessert; durch den Faschisterror wird den Arbeiterorganisationen nicht faulischer Art ein Arbeiten fast unmöglich gemacht. Wenn auch innerhalb der faschistischen Bewegung schon Verfallserscheinungen zu verzeichnen sind, kann doch kaum damit gerechnet werden, daß schon bald eine grundlegende Wendung eintritt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in der letzten Zeit ein starkes Anwachsen von Arbeiterbanken zu verzeichnen; seit Gründung der Lokomotivführerbank in Cleveland im Jahre 1920 sind in den Vereinigten Staaten insgesamt 14 Arbeiterbanken mit einem Gesamtkapital von 100 Millionen Dollar errichtet worden und neue Arbeiterbanken sind im Entstehen begriffen.

In allen Ländern sind scharfe Attiden gegen den achtstündigen Arbeitstag zu bemerken, es ist aber auch zu verzeichnen, daß die Arbeiterschaft überall gewillt ist, mit allen Mitteln sich dagegen zu wehren, daß ihr diese teilweise gelehrt festgelegte Ertragschaft entzogen wird. Auch ein Bestreben auf Abbau der Löhne ist vielfach zu verzeichnen, teilweise infolge Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, teilweise aber auch ohne eine solche Ursache.

**III. Internationale gewerkschaftliche Frauenbewegung.** Der vor vier Jahren begründete Internationale Arbeiterinnenbund, dem indessen nicht alle im Internationalen Gewerkschaftsbund bereinigten Landeszentralen angeschlossen sind, hatte zum 24. August seinen dritten Kongress nach Schloß Brühl bei Köln einberufen. Wegen der durch die Besetzung der Rheinlande und des Ruhrgebietes entstandenen unsicheren Lage, besonders wegen Paß- und Verkehrserschwierigkeiten, hat sich der Bund nunmehr entschlossen, den Kongress nach Schloß Schönbrunn bei Wien zu verlegen. Eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund für dieselbe Zeit einberufene allgemeine Konferenz der Landeszentralen, die sich mit der Frage zu beschäftigen hat, wie die Frauen besser als bisher zur Gewerkschaftsbewegung herangezogen werden können, mußte deshalb ebenfalls nach Schönbrunn verlegt werden. Im allgemeinen zeigt es sich, daß auch diejenigen Länder, die bisher die Agitation unter den Frauen etwas vernachlässigt haben, nunmehr starke Anstrengungen machen, um die Frauen als Mitkämpfer heranzuziehen.

## Aus unserem Beruf.

**Breslau. Gipsfigurenbranche.** Die Breslauer Figuristen und Maler der obigen Branche stehen wegen Anerkennung tariflicher Vereinbarungen seit Montag, den 16. Juli, im Streik. Näherer Bericht folgt.

**Hamburg.** Kollegen, die beabsichtigen, in Hamburg in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich vorher beim Kollegen Franz Krüger, Hamburg 8, Cremon 2/IV, bei Schucht, über die dortigen Verhältnisse zu erkundigen.

## Versammlungsberichte.

**Frankfurt.** Die außerordentliche Zahlstellenversammlung vom 12. 7. war ausnahmsweise sehr gut besucht. Grund: Gauleiter Kollege Griesbach war von der Verwaltung bestellt, um der mit den Lohnabstimmungen unzufriedenen Belegschaft einen Vertrag über die Lohnverhandlungen zu geben. Kollege Griesbach schiederte in ruhiger und sachlicher Weise, wie die Verhandlungen augenblicklich gelipgen werden. Um Kosten zu sparen, werden zu den Abschlüssen, im Gegensatz zu früher, nur noch selten Vertreter von Zahlstellen, ebenso Gauleiter hinzugezogen. Der Gauleiter eines Bezirkes wurde nur gerufen, wenn in diesem Bezirk sich etwas außergewöhnliches zuggetragen hätte. In längerer Rede führte er aus, wie die Arbeiterschaft sich seit 1919 dauernd auf dem Rücksitz befindet; eine Position nach der anderen ginge verloren; deshalb muß endlich einmal ein energisches Halt geboten werden. Das Kapital habe die Marktwährung schon lange fallen lassen; es rechnet nur noch nach Auslandswährung oder Goldkurs. Deshalb gelte es auch für uns als Arbeiter, unsere Lohnpolitik einzustellen und die wertbeständigen Löhne unter allen Umständen zu erkämpfen. Außerdem: Arbeiterschaft unter allen Umständen; wir wollen nicht nur für uns, sondern für die Grundbesitzer.

daß unsere Nachkommen als gleichberechtigte Menschen gewertet und auch die Ware Arbeitskraft ihrem Wert entsprechend bezahlt wird. — Es entwickelte sich nun eine sehr lebhaft debattierte. Alle Reden klagen dahin aus: der Hauptvorstand versage bei den Lohnabstimmungen, was in Zukunft anders werden müsse. Aus allen Reden hörte man die Verzweiflung: „Was ist anzufangen mit diesen Hungerlöhnen?“ Ganz besonders groß ist die Not der alleinstehenden Frauen, die den Ernährer im „glorreichen“ Krieg verloren haben und nun den Dank der Prostituierten in Gestalt eines Bettelbroses erhalten. Von einem Genossen wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, Frauentag in der Klasse A zu verlegen, weil es, im Industriebezirk Werbau und Hwidau gelegen, die gleichen Preise wie in diesen Städten für die meisten Artikel zu zahlen hat. Sodann wurde zur Sprache gebracht, daß die Firma einige Male den Lohn, anstatt am üblichen Pahltag (Freitag), erst am Samstag ausgezahlt hat. Falls ein solcher Fall noch einmal eintrete, wird die Gewerbeinspektion und gleichzeitig das Arbeitsministerium angerufen, damit die Firma den Schaden, der der Arbeiterchaft infolge verspäteter Lohnzahlung erwächst, zu tragen hat. Weiter wurde der Antrag gestellt, bei der Direktion vorstellig zu werden, daß der Betriebsrat vorliegende in Stunden geleistet wird, um seine Arbeiten besser erledigen zu können. Ferner wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 12. Juli 1923 im Hotel „Katzstiller“ stattgefundene außerordentliche Zahlstellenversammlung fordert den Hauptvorstand auf, jeweils in der letzten laufenden Tarifwoche unverzüglich neue Lohnverhandlungen anzubahnen, damit der Arbeiterchaft die Möglichkeit gegeben ist, den neuen Lohn in der neuen Tarifwoche zu erhalten. Ferner fordert die Versammlung von der Hauptverwaltung, bei allen Lohnverhandlungen darauf hinzuwirken, daß den bestehenden Tarifverhältnissen besser Rechnung getragen und ein Lohn herausgeholt wird, der es auch der Arbeiterchaft ermöglicht, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen.“

**Sitzendorf.** Die Zahlstellenversammlung vom 16. Juli nahm Stellung zum letzten Lohnabkommen und drückte erneut ihre Enttäuschung aus über ein derartig minderwertiges Ergebnis. In Anbetracht der von Tag zu Tag sich immer kräftiger auswirkenden Teuerung aller zum Leben unbedingt notwendigen Bedarfsartikel muß ein 14tägiges Abkommen verworfen werden. Die dem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß das Abkommen am 9. Juli nur — sage und schreibe — 12 Prozent vorstieß, während auf der anderen Seite die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel jährlings emporschnellten. Die anwesenden Kollegen und Kolleginnen geben der Verhandlungskommission den dringenden Wunsch mit auf den Weg, in Zukunft bei kommenden Verhandlungen die Lebenserleichterung der Arbeiter sichergestellt zu stellen, indem sie kurzfristige Abkommen abschließt und dabei den Friedensreallohn zugrunde legt, der mit der Teuerung jederzeit Schritt hält. Des weiteren wird beantragt, die Aufrechnung sämtlicher Prozente vorzunehmen, da mancher Kollege nicht mehr in der Lage ist, seinen Lohn zu berechnen, das nebenbei für ihn eine große Zeitverschwendung bedeutet. Die Versammlung steht geschlossen und einmütig hinter der Verhandlungskommission und gelobt, den gerechten Forderungen mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen. Einmütig wurde die Stimmung laut: Lieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende. Weiter wurde energisch Stellung genommen gegen die konterrevolutionären Organisationen, die fortgesetzt ihre Rüstungen in aller Öffentlichkeit betreiben und ständig das Proletariat verhöhnen und herausfordern. Es wird vom Hauptvorstand gefordert, beim DGB darauf hinzuwirken, daß sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um die Exzesse der Arbeiterfeinde im Preise zu ersticken, damit nicht letzten Endes die Arbeiterchaft das Nachsehen hat. Arbeiter in den Betrieben, streift endlich den Schleier von Euren Augen, dem Faschismusaufmarsch, muß das geeinte, geknechtete Proletariat zur Abwehr gegenüberstehen! Nur dann kann die Arbeiterchaft vor schwerem Schaden bewahrt werden.

**Sitzendorf.** Hiermit soll auf den Artikel unter Sitzendorf in Nr. 25 der „Ameise“ bezüglich der Stelle, „in Sitzendorf würden die niedrigsten Löhne mit bezahlt“, geantwortet werden. Eigentlich ist es überflüssig; denn es dürfte außer Krauze & Rehbahn niemanden geben, der daran zweifelt, daß wir im allgemeinen schlecht genug bezahlt werden. Fast in jeder Zeile der „Ameise“ und jeden anderen Blatt steht es ja zu lesen. Doch wir treten auch gern den Wahrheitsbeweis an. Außer den Akfordarbeitern in Sitzendorf gibt es ja auch Zeitlohnarbeiter, von denen einige vor drei Wochen noch nicht einmal den tarifmäßigen Lohn bekamen. Wenn Krauze & Rehbahn nicht wissen wollten, daß wir den tarifmäßigen Lohn nur als Mindestlohn betrachten können, möge es ihnen damit gesagt sein. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß Krauze den Arbeitern sehr gern erzählt, Ihr müßt doch Geld liegen haben, das soll wahrheitlich heißen: Ihr verdient jodell, daß Ihr auch sparen könnt. Wir wollen darüber nicht weiter Geschreibsel machen, bemerken wollen wir nur, es ist möglich ist, daß Menschen, die doch auch nur gewöhnliche Arbeiter waren wie wir, es vergessen haben, wie es ist, wenn man in einer Dachwohnung wohnt in dieser schweren Zeit und weiter nichts hat wie seinen Tariflohn. Wahrlich, hier empfehlen wir den Herren Krauze und Rehbahn den Artikel in Nr. 27 der „Ameise“: „Es glimmt ein Horn...“ Wir geloben, daß, was in dem Artikel steht, wahrzumachen. Ihr, die Ihr satt seid, die Ihr zufrieden seid und lächelt, verstopft Euren Eher, jodell Ihr wollt — die Saat des Jorns geht auf und der Tag der Ernte naht. Wenn jemals eine Halbtierigkeit registriert wurde, so die, daß in Sitzendorf die meisten Akfordarbeiter 50 Proz. über den Mindestlohn verdienen sollen. Das soll wohl in der übrigen Welt den Glauben erwecken, in Sitzendorf wird viel verdient; das ist bewusste Verdrehung. Im übrigen wundern wir uns sehr, daß die oben genannten Herren bei ihrer fortwährenden Wichtigkeit überhaupt Gewicht auf ein Schreiben legen. Nur uns ist die Sache erliegend. Wir werden uns an den Beschluß der Versammlung vom 8. Juli halten und unsere Klagen und sonstigen Beschwerden ein für allemal in der „Ameise“ bringen.

**Tettau.** Die Kollegen und Kolleginnen beschäftigten sich am 11. Juli mit dem derzeitigen Lohnabkommen und äußerten den Wunsch, der Hauptvorstand möge bei Verhandlungen dahin wirken, daß der Lage der Arbeiterchaft jederzeit mehr Rechnung getragen wird. Ferner sprach sich die Kollegenschaft einstimmig für das Herabsetzen des Zehntel über wertbeständige Löhne aus. Des weiteren wurde durch Handzeichen für den oberen Bezirk ein Lokalbesitzer gefordert. Auch bei uns müßte Kollege Herber die Berechnung machen, daß hauptsächlich in jeder Vergütung immer wieder, was einige allbekannteste Kollegen anerkennen und daß die Kolleginnen und jüngeren Leute wissen, aber es wird auch noch für die säumigen Mitglieder die Zeit kommen, wo sie es am eigenen Leibe verspüren. Des weiteren machte die Kollegenschaft der Porzellanfabrik A. G. dahingehend aufmerksam, sich nicht dem Unternehmer gegen ihre Kollegen provozieren zu lassen, denn die Arbeiterchaft von Tettau wünscht ein einiges Zusammengehen mit der Beamtenchaft, weil sie genau so bedrückt ist, wie die Arbeiterchaft auch.

**Zell a. S.** Die gubeherrschte Zahlstellenversammlung befachte sich sehr eingehend mit dem letzten Lohnabkommen. Der 1. Vorzug der gefällte sehr scharf die unhaltbaren Zustände, die durch solche ungenügenden Abkommen herbeigeführt werden. Sind wir doch durch die letzten Lohnabkommen im Verhältnis zu anderen Betrieben am weitesten zurückgeblieben. Angehts dieser Zustände, so ist es unsere Pflicht, unseren Verdienst und dem zum Leben notwendigen Verbrauch zu größer werden

lassen, werden die Preise nach wertbeständiger Entlohnung immer dringlicher. Sind doch die Arbeitgeber bei Lohnverhandlungen nie für Nachzahlungen zu haben, die für längst von der Teuerung überholte Löhne einen kleinen Ausgleich bringen könnten. Die Versammlung fordert die Verhandlungsausschüsse auf, die Forderung nach wertbeständigen Löhnen an den maßgebenden Stellen mit aller Schärfe zu vertreten und auf rascheste Einführung zu dringen; hat es doch den bestimmten Wunsch, daß in dieser heillosen Angelegenheit Verschleppungsmanöver getrieben werden.

### Literarisches.

**Wegweiser zur Erzielung wertbeständiger Löhne.** Ein unentbehrlicher Führer für alle Arbeitnehmer. Von den Arbeitnehmern wird es vielleicht als Mangel empfunden, daß bisher zu wenig praktische Ratsschläge für das Verhalten bei Tarifverhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne gegeben wurden. Diese Lücke wird beseitigt auf Anregung und in Verbindung mit dem Hauptvorstand des N. B. Bundes durch die Buchhandlung Vorwärts (F. H. W. Dieb Nachf.). Eine kleine, billige Schrift, die jedoch herauskommt, enthält in knapper, übersichtlicher und leicht verständlicher Weise das gesamte einschlägige Material, das für die praktische Verwirklichung der wertbeständigen Löhne zurzeit dringend benötigt wird.

**Den Währungsverfall, sowie den Zweck des wertbeständigen Lohnes** behandelt E. Aufhäuser. Aus seiner Feder stammen auch die Erläuterungen zu der Frage des Grundlohnes, des beweglichen Teuerungsfaktors und der Wegziffer (Index). Hieran schließen sich die bisherigen Beschlüsse der Spitzenorganisation und deren Richtlinien zum neuen Lohnsystem. Ueberaus wertvoll sind aber die praktischen Anweisungen und Berechnungsbeispiele, die es jedem Verhandlungsleiter ermöglichen, das neue Lohnsystem praktisch zur Durchführung zu bringen. Aber auch die Arbeiter und Angestellten sind beim Studium des Wegweisers in der Lage, den Tarifverhandlungen ihrer Organisationsvertreter zu folgen und sie eventuell zu beeinflussen. Zur Vervollständigung dienen noch die Anträge der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag und die dazu gegebene Erklärung der Reichsregierung. Ein instruktiver Artikel von Dr. Rothhoff über „Wertbeständige Sparanlagen“ beschließt den für jeden Arbeiter unentbehrlichen Leitfaden im Kampf um den christlichen Lohn. Preis: 0,20 Mk. X Schlüsselzahl. Organisationen erhalten Sonderabgabe.

### Adressenänderungen.

**Maila.** Schriftführer: Hermann Stöcker, Glückfüller, Lichtenberg, Oberfranken.  
**Peterwitz.** Vorsitzender und Schriftführer: Gustav Ponte, Massmüller, Peterwitz; Kassierer: Paul Lauger, Porzellanarbeiter, Schönwalde.  
**Hohlan.** Schriftführer: Ferdinand Schuler, Hauptstr. 88, Schmiedeberg b. Halle. Vorsitzender: Hermann Schmidt, Dreher, Neumarkt 210; Kassierer: Max Lautemann, Preshcherstraße 155.  
**Thiersheim.** Kassierer: Johann Flügel, Thiersheim.  
**Zeven.** Kassierer: Georg Högetmann, Brennerstraße.  
 Dank. Für die Unterstützung der Zahlstellen sagt den Spendern herzlichen Dank.  
 Alma Uebel, Füllerin, Brambach, Vogtland.

### Arbeitsmarkt.

**Tüchtiger, jung, intellig., unversehrt, Brenner,** der vorwärts kommen will, gesucht zur Ausbildung und Verwendung als  
 — **Schreibbrenner** —  
 für die von uns wärmewirtschaftl. überwachten Porzellan- und Steinartbetriebe. Selbstgeschriebener Nachlauf mit Angabe der bisherigen Stellungen, Zeugnisabschriften, Alter und Gehaltsansprüchen an  
**Ingenieur-Gesellschaft für Wärmewirtschaft, A. G.**  
 Köln, Hanfaring 96.

### Mehrere Porzellanmaler

perfekt in Oval- und Hohlgeschirren, auf Gold- und Fondband, sowie  
 (118)  
**Schriftmaler**  
 sofort gesucht. Zimmer für Ledige vorhanden.  
**Porzellanmalerei und -druckerei Johs. Schumacher**  
 Altona a. E., Gr. Mühlenstr. 76.

### Tüchtiger Freidreher

auf Basen und Kunstkeramik sucht per sofort in Dauerstellung  
 (112)  
**Keramik, A. G., Veltens-Berlin.**

### Scheibentöpfer

ledig oder ohne große Familie, perfekt im Eindrehen, Formen, Massgießen, welcher die Anfertigung der Schablonen übernehmen kann, wird für offenen Oberdreherposten gesucht. Bewerber, welcher auch das Glasieren, Einlegen und Brennen versteht, erhält den Vorzug. Es ist nur eine energische Persönlichkeit Wert gelegt. Das es besteht, Leute anzuleiten, von ruhigem, stilligem Wesen ist. Werkwohnung vorhanden. Angebote richten an  
**Französische Werke Senteinen, A. G., Tilsit, Ostpreußen.**

der auch in der Lage ist, einfachere Scheibenmodelle mit anzufertigen, der sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit näheren Angaben an  
**Neue Porzellanfabrik Tettau, Oberstanken.**

### Einige tüchtige Dreher

für chemisch-pharmazeutisches Gebrauchsgeschirrt bei dauernder Beschäftigung und sofortigem Eintritt gesucht. Nur nachweisbar sehr geübte Leute wollen sich melden.  
**Porzellanfabrik Stügerbach.**

Einige geübte Schalen- und Zellerdreher werden sofort eingestellt. Ledige bevorzugt. Bing, Glas- und Keramik-A. G., Abt. Porzellanfabrik, Freiwaldbau, Kreis Sagan. (117)

Sofort gesucht für Gebrauchsgeschirrfabrik:  
 ein perfekter Formengießer,  
 ein Modellgießer und Modellreiniger,  
 ein perfekter Glasierer oder Glasiererin.  
 Ledige werden bevorzugt. Schriftliche Bewerbungen an  
**Bing, Glas- und Keramik-A. G., Abteilung Porzellanfabrik, Freiwaldbau, Kreis Sagan.** (118)

Ein tüchtiger Schleifer sucht Stellung. Zuschriften werden unter „A. 119“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

### Postgebühren ab 1. August 1923.

Vom 1. August ab kosten:  
**Postkarten** im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 400 Mt.  
**Briefe** im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400, über 20 bis 100 Gramm 600, über 100 bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200 Mt.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000, über 20 bis 100 Gramm 1200, über 100 bis 250 Gramm 1500, über 250 bis 500 Gramm 1800 Mt.  
**Drucksachen** bis 25 Gramm 200, über 25 bis 50 Gramm 400, über 50 bis 100 Gramm 600, über 100 bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis ein Kilogramm 1500, über 1 bis 2 kg, nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckbände, 1800 Mt.  
**Geschäftspapiere** bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis 1 kg 1500 Mt.  
**Warenproben** bis 100 Gramm 600, über 100 bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200 Mt.  
**Mischsendungen** bis 250 Gramm 1000, über 250 bis 500 Gramm 1200, über 500 Gramm bis 1 kg 1500 Mt.  
**Päckchen** bis 1 kg 2000 Mt.  
**Pakete** bis 3 kg Zone 1: 2400, Zone 2: 4800, Zone 3: 4800 Mt.; 3 bis 5 kg 3600, 7200, 7200, 5 bis 6 kg 4200, 8400, 12 600, 6 bis 7 kg 4800, 9600, 14 400, 7 bis 8 kg 6400, 10 800, 16 200, 8 bis 9 kg 6000, 12 000, 18 000, 9 bis 10 kg 6600, 13 200, 19 800 Mt. usw.  
**Postanweisungen** bis 10 000 Mt. 800, über 10 000 bis 50 000 Mt. 1000, von 50 000 bis 100 000 Mt. 1200, von 100 000 bis 200 000 Mt. 1800, von 200 000 bis 300 000 Mt. 2400, von 300 000 bis 400 000 Mt. 3000, von 400 000 bis 500 000 Mt. 3600, von 500 000 bis 750 000 Mt. 4200 und von 750 000 bis 1 000 000 Mt. 4800 Mt.  
**Postschickgebühren:** Zahlkarten bis 10 000 Mt. 200, über 10 000 bis 50 000 Mt. 250, von 50 000 bis 100 000 Mt. 300, von 100 000 bis 200 000 Mt. 450, von 200 000 bis 300 000 Mt. 600, von 300 000 bis 400 000 Mt. 750 Mt.; im übrigen bleiben die alten Gebühren bestehen. Für bargelblos beglichene Zahlkarten wird dieselbe Gebühr erhoben, im Höchstfall jedoch für eine Zahlkarte eine Gebühr von 1000 Mt.  
**Gewöhnliche Telegramme** im Fernverkehr Grundgebühr 1600, Wortgebühr 800 Mt.; im Ortsverkehr Grundgebühr 800, Wortgebühr 400 Mt. **Prestelegramme** Grundgebühr 800, Wortgebühr 400 Mt.  
**Fernsprechgebühren:** Zu dem jetzigen Teuerungszuschlag von 49,90 Prozent. Die Ortsgesprächgebühr beträgt 500 Mt., die Ferngesprächgebühr für mehr als 5 bis 15 Kilometer einschließlich 1500 Mt., für 50 bis 600 Kilometer 22 500, für jede weitere angefangene 100 Kilometer 3000 Mt. mehr. Die Jahresgrundgebühr bleibt bis Ende September 1923 unverändert.  
**Belegspakete** bis 5 kg 1. Zone: 1800, 2. Zone: 3600, 3. Zone: 3600 Mt.

**Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 30. Juli bis 5. August ist der 31. Beitrag fällig.**

### Porzellanmaler

gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter „114“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Schleifer,** ledig, sucht sich zu verändern. Angebote unter „S. 109“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Junger lediger Fondsprüfer,** bewandert in allen vorkommenden Arbeiten, sucht Stellung. Offerten sind zu richten unter „S. 108“ an die Redaktion der „Ameise“.

### 1-2 Porzellanmaler

ledig, für Goldstaffage und Linie, per sofort gesucht.  
**Blumenfeld A. G.**  
 (109) **Velten bei Berlin.**

### Porzellanfabrik sucht:

**2 Brennhansarbeiter,**  
**1 Beherdreher für dünne Beher,**  
**1 Großdreher für Hochspannungsisolatoren,**  
**1 Schmelzer, der auch Sortierer ist.**  
 Wohnungshalber können nur Ledige berücksichtigt werden. Offerten sind zu richten unter „100“ an die Red. der „Ameise“.

### Geschäfts-Anzeigen.

Offer. für Dreher Zymocephschwämme, das Stück von 40 bis 200 Goldpfennig (1 Goldpfennig zurzeit 70 bis 90 Papiermark), klein, Levantiner, das Stk. 40, große prima Levantiner Schwämme zu 60 engl. Schill. (1 Schill. zurzeit 7000 bis 9000 Papiermark), klein, Levantiner Elefantenschwämme 72, größere prima 95 Schill. pro Kilo, prima weiche, faustgroße Reeschwämme 28 Schill., Sardes-Glasur-u. Garnierungsschwämme, sowie große Sardeschwämme für Großteigut, das Kilo 15 Schill., zahlbar und umgerechnet auf Wunsch in deutsche Reichsmark zum amtlichen Berliner Briefbörsenkurs am Regulierungstage. Ziel 2 bis 4 Wochen laut Vereinbarung.  
**S. Michelsohn, Schwammimport, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 43**

**CHRISTOP SACK**  
**SCHWARZENBACH A. D. SAALE**  
 Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17  
 Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Red.: Edwin Kemmerer, Charlottenburg, Rosinenstr. 4  
 Verlag: Wilhelm Herber, Charlottenburg, Rosinenstr. 4  
 Druck: E. Janischewski, Berlin SO., Gluckebucher 28/29